
Michael Schneider

Von der Deflations- zur Arbeitsbeschaffungs- politik in der Krise der 30er Jahre

Aspekte eines internationalen Vergleichs

Dr. Michael Schneider, Jahrgang 1944, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Kontroverse um Spar- oder mit Krediten finanzierte Arbeitsbeschaffungspolitik zeigt auch heute noch alle Anzeichen eines „Glaubensstreits“. Vielleicht kann die Überprüfung historischer Erfahrungen zur Klärung dieses Problems beitragen? Ausgehend von der Entwicklung in Deutschland zu Beginn der 30er Jahre soll dieser Frage am Beispiel der Krisenbekämpfung in den USA, England, Schweden und Frankreich nachgegangen werden.

Deutschland: Rücksichtsloser Sparkurs der Regierung Brüning

Wohl in keinem Industriestaat, der von der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre betroffen wurde, ist die Politik des Sparens so gründlich durchgeführt worden wie in Deutschland. Auf die im Mai 1928 vom Sozialdemokraten Hermann Müller gebildete große Koalition, die im März 1930 wegen der Frage des Haushaltsausgleichs — konkret an der Auseinandersetzung um Beitragserhöhung und/oder Leistungssenkung der Arbeitslosenversicherung — auseinanderbrach, folgte unter der Führung des Zentrums politikers Heinrich Brüning eine Regierung, die sich als konsequente Verfechterin einer traditionellen Haushaltspolitik erwies. Brünings Wille zum Sparen, der sich in sozialem Abbau äußerte, gehorchte der Prioritätensetzung zugunsten einer baldigen Lösung der Reparationsfrage.

Allein vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen, versuchte Brüning, beginnend im Dezember 1930, durch immer neue Notverordnungen zunächst die Pensionen und Gehälter der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, dann auch die Löhne der Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft zu senken, um einerseits die öffentlichen Haushalte zu entlasten, andererseits die Voraussetzung einer Preissenkungs politik zu schaffen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken sollte. Vor allem der Haushaltssanierung dienten überdies drastische Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung sowie nahezu aller Sozialleistungen. Eingeschränkt wurde zudem die öffentliche Bautätigkeit - vom Straßenbau bis zur Eisenbahn. So trug die Sparpolitik der Regierung Brüning ohne Zweifel zu einer Verschärfung der Krisensituation bei, wurde doch hartnäckig versucht, die öffentlichen Ausgaben den ständig schrumpfenden Einnahmen anzupassen.

Das Konzept der deutschen Gewerkschaften: Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsbeschaffung

Mit ihrem dramatischen Anstieg von 1,9 (1929) über 3,1 (1930) und 4,5 (1931) auf 5,6 Millionen (1932) signalisierten die Arbeitslosenzahlen eindringlich das Ausmaß der wirtschaftlichen und sozialen Krise, das zu mindern der Sparkurs Brünings sich als nicht geeignet erwies. Doch auch auf Seiten der Gewerkschaften gab es — darüber können ihre Proteste gegen den notverordneten Sozial- und Lohnabbau nicht hinwegtäuschen - zunächst kein offensives Programm zur Bekämpfung der Krise. Vielmehr schien es zunächst darum zu gehen, die (noch) vorhandenen Arbeitsplätze auf eine größere Anzahl von Arbeitern zu verteilen; Einführung der 40-Stundenwoche - so lautete 1930/31 die zentrale Forderung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der sich auch die Christlichen Gewerkschaften — wenn auch zögernd — anschlossen. Durchzusetzen vermochten sich die Gewerkschaften damit nicht; vielmehr fand die organisierte Arbeitgeberschaft bei den Regierungen Brüning und Papen ein offenes Ohr, wenn sie sich gegen jede „schematische“, d. h. gesetzliche, Verkürzung der Arbeitszeit wandte, die 1932 noch immer 41,5 Stunden pro Woche betrug, um dann 1933 (42,9) und 1934 (44,6) wieder anzusteigen.

Auch die gewerkschaftliche Kaufkrafttheorie, nach der hohe Löhne als Garant der Binnennachfrage und damit sicherer Arbeitsplätze galten, fand bei Arbeitgebern und Regierungen wenig Gegenliebe. Letztere waren sich darin einig, daß den im Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft angestrebten Preissenkungen zunächst Lohnkürzungen unter Auflockerung des Tarifvertragsystems vorausgehen hätten. Trotz der Politik des Preisabbaus, die von den Gewerkschaften unterstützt wurde, waren von 1930 bis 1932 in zunehmendem Maße Reallohneinbußen zu vermelden. Ob diese durch eine offensive Arbeits-

kampfpolitik der Gewerkschaften hätten verhindert werden können, mag indessen — angesichts der Massenarbeitslosigkeit — zweifelhaft sein.

Eine neue Qualität erhielt die Diskussion um die gewerkschaftliche Krisenpolitik mit dem Plan, den Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade an der Jahreswende 1931/32 vorlegten. Hier wurde die Bereitstellung von 2 Milliarden RM zur Durchführung öffentlicher Arbeiten gefordert, durch die - als Initialzündung — 1 Million Arbeitslose für ein Jahr Arbeit finden sollten. Der Krisenkon- greß des ADGB am 13. April 1932 übernahm dieses Programm und forderte, auf- grund staatlicher Aufträge — bei Einhaltung der 40-Stundenwoche und Zahlung tariflicher Löhne - Arbeitsvorhaben in Straßen- und Kleinwohnungsbau, bei Reichsbahn und Reichspost sowie Strukturverbesserungen im landwirtschaftlichen Bereich durchzuführen.

Die erforderlichen Geldmittel sollten durch Zusammenfassung der freiwerden- den Arbeitslosenunterstützung, der Steuern der Wiederbeschäftigten, der Mehrein- nahmen aus Verbrauchssteuern und letztlich durch die Auflage einer Arbeits- beschaffungsanleihe aufgebracht werden. Daß in dieser Resolution keine Gesamt- Finanzierungssumme angegeben wurde, mochte einerseits ein Zugeständnis an die auch in der SPD-Reichstagsfraktion dominierenden Inflationsbefürchtungen gewesen sein, könnte diese aber auch bestärkt haben.

Zwar wurde in der Resolution zudem die Forderung nach einem „Umbau der Wirtschaft" erhoben, durch den „der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und Mit- wirkung in der Wirtschaft [...] beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden" sollten, doch im Grunde erklärte sich der ADGB mit der Verabschiedung des Arbeitsbeschaffungsprogramms - unausgesprochen — bereit, sich in der außer- ordentlichen Krisensituation der 30er Jahre der Rationalität des bestehenden Wirt- schaftssystems einzuordnen: Wirtschaftsankurbelung auf dem Boden der gegebenen Situation bedeutete — das gestand Woytinsky ein — zunächst eine Stärkung der Investitionstätigkeit und damit eine Begünstigung der Kapitaleseite.

Von der Arbeitsbeschaffungs- zur Rüstungspolitik

Daß dieser Grundzug der gewerkschaftlichen Politik von einflußreichen Kreisen der organisierten Arbeitgeberschaft und auch von Franz von Papens „Kabinett der Barone", das Brüning's Regierung am 1. Juni 1932 abgelöst hatte, übersehen wurde, deutet auf die fortschreitende Tendenz zur Verabsolutierung der eigenen Interes- senposition hin. Zwar betrieb Papen seit Juni 1932 eine vorsichtige Politik der Arbeitsbeschaffung, die den industriellen Unternehmern durch Steuergutscheine und Einstellungsprämien einerseits, durch weiteren Sozialabbau andererseits schmackhaft gemacht wurde, auch bekannte sich Kurt von Schleicher — der Nach-

folger Papens - im Dezember 1932 zur Priorität der Arbeitsbeschaffung, doch die eingeleiteten Maßnahmen waren insgesamt von zu geringer finanzieller Ausstattung und zudem saisonal — zu Beginn des Winters — zu ungünstig terminiert, als daß sie einen durchschlagenden Erfolg hätten versprechen können.

So war es die nationalsozialistische Regierung, die ab Sommer 1933 die Früchte der Arbeitsbeschaffungspolitik erntete — zu deren Gedeihen sie selbst „treibhaus-artige“ Voraussetzungen schuf. Für viele sichtbar war nur, daß die Arbeitslosenzahlen über 4,8 (1933) auf 2,7 Millionen (1934) sanken; bereits 1936/37 konnte man von Vollbeschäftigung sprechen. Doch die Kehrseite der Medaille war nicht nur eine enorme Aufblähung der Staatsverschuldung; zu denken ist an die zivile Arbeitsbeschaffung (1933-39: 5,5 Milliarden RM), vor allem aber an die Aufrüstung (1933-39: 60 Milliarden RM), die schließlich in den zweiten Weltkrieg führte; zu berücksichtigen sind zudem die politischen „Rahmenbedingungen“ dieses Konjunkturaufschwungs, die von der Entrechtung der Arbeiterschaft über die Zerschlagung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen bis hin zu Unterdrückung und Verfolgung reichten.

Politischer Terror, Aufrüstung und Krieg - das waren die Bedingungen und Folgen der ungewöhnlichen Geradlinigkeit des deutschen Wirtschaftsaufstiegs 1933-39. Daß indessen wirtschaftliche Krise und die nationalsozialistische Variante der Krisenpolitik nicht „systembedingt“ zusammengehören, vermag ein Blick in andere Länder mit privatkapitalistischer Wirtschaftsordnung zu belegen.

USA: „New Deal“ und „Organisierung der Wirtschaft“

Läßt man die wirtschaftliche und politische Ausgangslage - zu denken ist z. B. an die Unterschiede der Größe, der Rohstoffversorgung und Exportabhängigkeit sowie an die speziellen politisch-wirtschaftlichen Belastungen des Deutschen Reiches wie Inflation und Reparationen - einmal unberücksichtigt, so kann man, was die zeitliche und qualitative Dimension anlangt, durchaus von einem parallelen Krisenverlauf in den USA und in Deutschland sprechen: sowohl das Ausmaß der wirtschaftlichen Depression als auch das des sozialen Elends waren sehr ähnlich. Überdies weigerten sich in beiden Ländern die Regierungen unter Brüning wie Herbert Hoover zu Beginn der 30er Jahre, durch eine großangelegte aktive Konjunkturpolitik einen Beitrag zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu leisten.

Auch in den USA lag dann der Schwerpunkt der gesetzgeberischen Maßnahmen seit 1933 — gedacht ist an Franklin Delano Roosevelts Politik des „New Deal“ — auf durch Kredite finanzierten Arbeitsbeschaffungsvorhaben, die als Initialzündung für eine allgemeine Wirtschaftsbelebung gedacht waren. Parallel dazu liefen Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosenzahlen durch die Einrichtung eines Arbeitsdienstes sowie zur Stützung der Landwirtschaft durch Umschuldungshilfen.

Vor allem sei nicht übersehen, daß auch die amerikanische Regierung zur flankierenden Absicherung der Arbeitsbeschaffungspolitik Maßnahmen der institutionellen Überwachung der Privatwirtschaft ergriff, die von Banken- und Handelskontrollen über Regelungen des Lohn- und Preisgefüges bis zu Eingriffen in die Produktions- und Arbeitsbedingungen reichten. Dabei wurde deutlich, daß sich die „Organisierung“ der nordamerikanischen Wirtschaft, wie sie z. B. in der Institutionalisierung des National Industrial Recovery Board deutlich wurde, nicht ohne Konflikte durchsetzen ließ. Obwohl die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen letztlich zur Unterstützung einer privaten Unternehmerkonjunktur dienten, wurden die Tendenzen zur staatlich kontrollierten Selbstverwaltung der Wirtschaft seitens der Unternehmerschaft mit großen Vorbehalten betrachtet, die schließlich 1936/37 zu einem Investitionsstreik führten. Die Bedenken der industriellen Unternehmerschaft wurden gerade dadurch bestärkt, daß die Regierung Roosevelt mit Abschnitt 7a der National Recovery Act vom Juni 1933 den organisatorischen Zusammenschluß auch der ungelernten und Hilfsarbeiter im Congress for Industrial Organization begünstigt hatte, der erst seit kürzerer Zeit neben der von Facharbeitern dominierten American Federation of Labor bestand. Offenbar wurde nicht erkannt, daß es zur Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaft einer Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft bedurfte, die um so leichter zu tragfähigen Kompromissen würde führen können, je stärker sich die Basis der gewerkschaftlichen Interessenvertretung verbreiterte.

Die Politik des „New Deal“ illustriert gerade im Vergleich mit der Entwicklung in Deutschland die Möglichkeit der Wirtschaftsbelebung unter Beibehaltung des demokratischen politischen Systems und unter Integration der Arbeiterschaft durch Organisierung, nicht aber Unterdrückung. Zu denken gibt allerdings, daß die wirtschaftliche Krise in den USA — nach einem konjunkturellen Einbruch aufgrund des Investitionsstreiks 1937 — erst mit der beginnenden Kriegskonjunktur vollends überwunden wurde. Gerade daß die politische Demokratie in den USA nicht grundsätzlich gefährdet wurde, deutet einerseits darauf hin, daß es keinen systembedingten Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Faschismus gibt; aber andererseits ist nicht zu übersehen, daß es in den USA auch keine nennenswerte sozialistische Bewegung gab, gegen die sich eine faschistische Organisation als Bollwerk von „Recht und Ordnung“ hätte empfehlen können.

Großbritannien: Abschwächung der Krise durch Wohnungsbau

Blickt man auf die Regierungsbeteiligung der SPD bzw. der Labour Party, so zeigen sich auch zwischen der Entwicklung in Großbritannien und in Deutschland deutliche Parallelen: Nach den Maiwahlen 1929 wurde in Großbritannien eine Labour Regierung gebildet, deren Premier Minister Ramsey MacDonald eine der deutschen Politik zu Beginn der 30er Jahre ähnliche Deflationspolitik durchführte

- allerdings gegen den Widerstand der Mehrheit seiner eigenen Partei und der Gewerkschaften.

Bereits am 5. November 1929 berief die Regierung eine Enquete-Kommission, den MacMillan-Ausschuß zum Studium der Geld- und Kreditfragen; zu den Mitgliedern gehörte u. a. der Nationalökonom John Maynard Keynes, dessen 1936 veröffentlichte „General Theory“ als „die“ Fundierung einer Politik des deficit spending gilt. In dem am 23. Juni 1931 vorgelegten Bericht wurde ein Abgehen vom Goldstandard gefordert; überdies sprach sich die Minderheit der Kommissionsmitglieder für öffentliche Investitionen zur Krisenbekämpfung aus.

In der Kreditkrise der folgenden Monate befolgte die im August 1931 von MacDonald mit Konservativen und Liberalen gebildete Koalitionsregierung, die seitens der Labour Party nur von Teilen des rechten Flügels unterstützt wurde, den Rat dieser Kommission: Am 21. September 1931 wurde die Goldeinlöschungspflicht der Bank von England aufgegeben, der Goldankaufspreis heraufgesetzt und das Pfund abgewertet. Schon diese Maßnahmen trugen zu einer Exportbegünstigung bei, die zunächst zu einer Verlangsamung des Rückganges und dann ab 1933 zu einem neuen Wachstum der Ausfuhr führte. Durch das Heraufsetzen des Goldpreises wurde überdies Gold nach England gezogen, so daß der Kreditspielraum erweitert wurde und zudem die Zinsen sanken. Blieb auch die Investitionsbereitschaft der privaten Unternehmen zunächst gering, so rückten die Kommunen um so stärker in die Position eines Trägers der Konjunktur, war doch gerade wegen der niedrigen Zinsen der Wohnungsbau durchaus rentabel; so wurden von 1931 bis 1933 etwa 150 Millionen Pfund Sterling, d. h. ca. 3 Milliarden RM, für kommunale Wohnungsbauten aufgewendet.

Der vom Wohnungsbau ausgehende belebende Effekt für die Wirtschaftstätigkeit wurde noch davon unterstützt, daß ab 1933/34 die von der Regierung MacDonald und deren konservativer Nachfolgerin in vorgenommene Herabsetzung der Staatsgehälter sowie die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung rückgängig gemacht wurde; auch wurden die Steuern gesenkt. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Arbeitslosigkeit nur langsam abnahm, wurden doch 1934 immer noch 2,2, 1935 noch 2,0 und 1936 dann 1,7 Millionen Arbeitslose gezählt. Insgesamt führten die geldpolitischen Maßnahmen der britischen Regierung und die Wohnungsbauaktivität der Kommunen jedoch gerade dank ihrer frühzeitigen Durchführung zu einer deutlichen Abflachung des Krisenverlaufs, wenn auch nicht zu einem deutlichen Wirtschaftsaufschwung.

Schweden: Modell „echter“ Arbeitsbeschaffung

Unter dem Aspekt der Wirtschaftsbelebung erfolgreicher gestaltete sich demgegenüber die Arbeitsbeschaffungspolitik in Schweden, auch wenn sie später als in England einsetzte. Ähnlich wie in Deutschland erreichte die Arbeitslosigkeit 1932 ihren Höhepunkt: 25% der Gewerkschaftsmitglieder waren arbeitslos. Nachdem sich in den 20er Jahren immer wieder Minderheitskabinette der Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen abgelöst hatten, gelang es der Linken 1932 erstmals, eine Mehrheitsregierung (SAP: 41,7; SKP: 8,3%) zu bilden, die um so stabiler war, als sie von 1933-39 die Unterstützung der Bauernpartei fand.

Mit der Vorlage des Haushalts vom 1. Januar 1933 realisierte die Regierung einen Arbeitsbeschaffungsplan, der auf den Einfluß der schwedischen Schule der Nationalökonomie, besonders auf die Ideen Gunnar Myrdals, zurückging. Ziel war nicht mehr der Haushaltsausgleich pro Jahr, sondern pro Konjunkturzyklus, d. h. die Überschüsse der guten Jahre sollten die Defizite der Krisenjahre ausgleichen. Das Programm sah die Ausgabe von 160 Millionen Kronen vor, die in den nächsten vier Jahren zum einen aus dem Aufkommen einer zusätzlich zu erhebenden Erbschaftsteuer gedeckt werden sollten. Die zudem geplante Kreditausweitung war verbunden mit dem Abgehen vom Goldstandard, der Abwertung der Krone und einer generellen Kreditverbilligung. Durch die starke Staatsverschuldung gelang es — vor allem durch eine Baukonjunktur ab Sommer 1934 — binnen kurzer Zeit, die Produktion anzukurbeln; bereits 1934 war das Niveau des Jahres 1929 überschritten, wenngleich auch hier die Arbeitslosigkeit nur schleppend zurückging: 1936 waren noch 9 % der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Angesichts dieser Entwicklung ist hervorzuheben, daß die schwedische Konjunktur auf der Durchführung „echter“, d. h. ziviler, öffentlicher Arbeiten und nicht auf Rüstungsaufträgen basierte; überdies kamen die Maßnahmen ohne Disziplinierung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen aus, die sich vielmehr unterstützend den Zielen der Regierungspolitik einordneten.

Frankreich: Kaufkrafttheorie auf dem Prüfstand

Zeigten sich schon in den USA 1936/37 die Widerstände, die gegen eine verstärkte „Organisierung“ der Wirtschaft im Sinne von Selbstverwaltungskörpern unter staatlicher Oberhoheit erwachsen, so werden die Grenzen der politischen Gestaltungs- und damit Eingriffsmöglichkeiten in die Privatwirtschaft am Beispiel der Entwicklung in Frankreich vollends deutlich, wo sich erst ab 1931 die Weltwirtschaftskrise stärker auswirkte. Länger als in den anderen bereits betrachteten Ländern orientierte sich die französische Regierung am Ziel des Haushaltsausgleichs und der Geldwertstabilität; Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen einerseits, Lohn- und Preisabbau andererseits — das waren die traditionellen Mittel des Haus-

haltsausgleichs und der Exportförderung. Folge dieses Kurses war es, daß der Rückgang der Produktion bis 1935 und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit bis 1936 anhielten.

Erst die 1936 gebildete Regierung der Volksfront unter Leon Blum änderte die Wirtschaftspolitik: Nach einer Programmerkklärung vom 6. Juni 1936 wurde am 2. Oktober der Franc abgewertet. Doch weder die dadurch gewonnenen Exportvorteile noch die mit Krediten finanzierte Arbeitsbeschaffungspolitik hatten den gewünschten Erfolg. Auch die mit der gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie begründeten Maßnahmen - Gehalts- und Pensionskürzungen wurden rückgängig gemacht, die Löhne wurden erhöht - sowie die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche führten nicht zu der erwarteten Wirtschaftsbelebung. Vielmehr waren inflationärer Preisauftrieb und Kapitalflucht die Folgen, so daß die Wirtschaftspolitik der Regierung Blum letztlich an Mißtrauen und Widerstand der Unternehmer scheiterte.

Gewerkschaftliche Ziele und Wirtschaftsaufschwung - Ein Resümee

Gewiß ist einzugestehen, daß sich der hier skizzierte Vergleich zur Krisenpolitik der 30er Jahre auf begrenzte Aspekte konzentriert hat. So konnte die Rolle einer Reihe von Faktoren für Erfolg oder Nichterfolg einer mit Krediten finanzierten Arbeitsbeschaffungspolitik vielfach nur angedeutet werden; zu denken ist etwa an die Stabilität des jeweiligen nationalen politischen Systems sowie den Charakter der internationalen Beziehungen, an den Zustand der (weltwirtschaftlichen) Handels-, Kredit- und Währungsbedingungen sowie an die konjunkturelle Entwicklung einzelner Länder als Voraussetzung des Gedeihens der Exportwirtschaft anderer Staaten.

Ohne die Bedeutung derartiger nationaler und internationaler Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung in den 30er Jahren leugnen zu wollen, wird man jedoch auch auf der Basis des hier vorgelegten Vergleichs als Ergebnis festhalten können, daß ein deutlicher Zusammenhang zwischen nationalem Krisenverlauf und Durchführung beschäftigungspolitischer Programme besteht: Überall dort, wo Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen realisiert worden sind, wurde der Krisenverlauf abgeschwächt bzw. ein konjunktureller Aufschwung eingeleitet. Weder die nationalsozialistische Diktatur mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen noch die rücksichtslose Aufrüstung sind — so kann man überdies sagen — prinzipielle Vorbedingungen für das Gelingen einer auf staatlicher Verschuldung basierenden Arbeitsbeschaffungspolitik.

Auch wenn man berücksichtigt, daß Realisierungsgrad und -Chancen genuin gewerkschaftlicher Forderungen - von der Verbesserung der Lohn- und Arbeits-

bedingungen bis zum Ausbau der Sozialleistungen - nicht die einzigen Faktoren waren, deren Entwicklung über das Gelingen einer aktiven Arbeitsbeschaffungspolitik entschied, so ist diesen doch offenbar eine zentrale Bedeutung beizumessen. Denn zum einen erfolgte die Wirtschaftsbelebung vielfach auf Kosten traditioneller gewerkschaftlicher Zielvorstellungen; und umgekehrt: Wo - wie in Frankreich 1936/37 - gewerkschaftliche Forderungen weitgehende staatliche Unterstützung fanden, blieb der wirtschaftliche Aufschwung zunächst aus. Es deutet dies auf die „Veto-Position“ der dem Konzept einer „Wiederherstellung ihrer freien Entfaltungsmöglichkeiten“ anhängenden Privatwirtschaft hin, die - pointiert gesagt - auch die politischen Voraussetzungen ihrer Investitionsbereitschaft „notfalls“ durch Investitionsstreik zu schaffen oder zu bestimmen versucht.

Schaut man also primär auf die Gewerkschaften, so ist nicht zu übersehen, daß sie sich in der Krisensituation der 30er Jahre in einem Dilemma befanden: Sowohl die Deflations- als auch die Arbeitsbeschaffungspolitik brachten - selbst wenn man vom „Extremfall“ der deutschen Entwicklung absieht - Einbußen bzw. Rückschläge bei der Verwirklichung traditioneller gewerkschaftlicher Forderungen mit sich. Berücksichtigt man jedoch die Priorität des Ziels, einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit zu leisten, so scheint allein das Dringen auf öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der gewerkschaftlichen Politik eine — im Blick auf die Handlungsbedingungen der Krise — realistische Perspektive zu bieten.